

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 23 (1943-1944)
Heft: 5

Artikel: Die stolze Aufgabe
Autor: Sprecher, Jann v.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-159064>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 20.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die stolze Aufgabe.

Von Jann v. Sprecher.

Schon die Stunde des 10. Juli 1943 hatte wie der Lichtschlag eines grellen Aufleuchtens den wirklichen Stand der Entwicklung hervortreten lassen, bei dem die Lage des Krieges auf dem Boden Europas tatsächlich angelangt ist. Und der bisherige Ablauf der größten Landungsoperation der Geschichte, der zu Zeiten fast stürmisch zu nennende Vorgang der Invasion dürfte — nachdem er bereits in der zweiten Dekade des Ablaufes politische Auswirkungen der schwerwiegendsten Bedeutung hervorbrachte — auch den hartnäckigsten Zweifler für einmal erkennen lassen, was die Stunde tatsächlich geschlagen hat.

Es wäre deshalb nicht nur zu wünschen — nein: es ist vielmehr als dringendes Erfordernis der Stunde überhaupt zu bezeichnen, daß wir alle uns mit dem ganzen Volke an die nunmehr scharf veränderte Perspektive gewöhnen, indem wir zwar der Nöte und Schwierigkeiten, der großen Probleme und der furchtbaren Schrecknisse des Krieges stets gedenken, dabei aber nicht übersehen, daß unsere Pflicht dem Lande gegenüber heute in hervorragendem Maße darin besteht, die Augen fest und entschlossen auf die Nachkriegszeit zu richten — auf die Nachkriegszeit mit ihren — für uns jedenfalls — größeren Problemen — auf die Nachkriegszeit, die über Nacht uns beschert werden kann. Denn niemand möchte sich vermessen zu sagen, daß ein plötzliches Ende dieses Krieges ausgeschlossen erscheint. Wie dem aber auch sei: daß dieser Krieg, auch diesmal wieder nach vier Jahren, seinem Ende entgegengeht, dürfte ziemlich klar zu Tage liegen.

Nicht das soll damit gesagt sein, daß wir deswegen die Probleme, die uns der Krieg selber stellt, etwa leichter nehmen sollen, als wir es vordem getan haben. Mit den Schwierigkeiten der Versorgung melden sie sich ja selbst Tag für Tag in unser Bewußtsein. Wachen aber sollen wir auch nicht weniger als vorher über unsere äußere, große staatspolitische Aufgabe, und unser Eifer und unsere Entschlossenheit dürfen gerade deswegen hier umso weniger erlahmen, als der Krieg rasch seiner dramatischsten Entscheidung entgegenstrebt. Die äußere staatspolitische Aufgabe aber heißt nach wie vor die Wahrung unserer Neutralität, und diesem überragenden Ziel sind auch alle anderen Aufgaben der Kriegszeit verpflichtet. Dies brachte kürzlich an der Jahresversammlung des Basler Handels- und Industrievereins vom 6. Juli 1943 dessen Präsident, Dr. h. c. Carl Röchlin, mit den klaren Worten zum Ausdruck:

„Die Richtlinien, die heute für die Probleme der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik unserer Stadt und des Landes begleitend sein müssen, müssen sich heute mehr denn je dem unbeirrbar und beeinflussbaren Willen des Durchhaltens und der Aufrechterhaltung unserer Neutralität unterordnen. Dies ist Selbstverständlichkeit und Notwendigkeit. Sollten wir auf wirtschaftlichem oder politischem Gebiet auch nur einen Schritt von diesem uns vorgezeichneten Wege abgehen, dann würden wir das uns überlieferte und anvertraute unermessliche Gut der Freiheit, dessen ganze Größe und Bedeutung uns vielleicht noch nie so klar zum Bewußtsein gekommen ist wie gerade während dieses Weltkrieges, mutwillig gefährden. Dies darf nicht sein und es wird auch nicht sein.“

Versuchen wir nun heute mit jenen blinzelnden Augen, die sich erst von der langjährigen Konzentration auf das Kriegsgeschehen lösen müssen, das Feld der Nachkriegszeit zu erfassen, so tun sich vor uns Probleme über Probleme auf, in einer großen, fast nicht zu bezwingenden Vielgestalt. Zwar wissen wir noch nicht, welcher Art alle diese Probleme im einzelnen sein werden — was wir aber wissen oder wenigstens fühlen vor der Gewalt ihres Aufbaus, da sie im Felde der Zukunft stehen wie riesenhafte, kaum zu bezwingende Burgen, läßt sich sagen in der einfachen Feststellung, daß wir das Land vor der Macht dieser Aufgaben nur dann beständig sehen, nur dann aufrecht sehen, wenn wir die nationale Disziplin zu ihrem höchsten Grade steigern und unser Volk ein nicht zu übertreffendes Beispiel innerer Geschlossenheit zu bieten vermag. Diese Geschlossenheit aber zu schaffen, wo sie noch nicht besteht, sie zu sichern, wo sie noch wanken will, ist heute unsere große, unsere dringende, aber auch unsere dankbarste — unsere stolze Aufgabe.

Aus der Perspektive, wie sie sich uns bietet von dem heutigen Stande der Entwicklung, mögen wir wohl die Nachkriegszeit zutreffend in zwei Stadien erkennen. Das erste Stadium wird sein die Zeit unmittelbar nach Abschluß des eigentlichen Kriegsgeschehens — eine kurze Zeit wohl, aber eine schlimme Zeit — eine Zeit, gewiß, die uns sehr gefährlich werden kann. Das zweite Stadium dann bietet sich dem Blick als jenes weite Feld der Entwicklungen, dessen Züge jene großen und schweren Probleme aufweisen, die uns schon heute tief beeindruckten. Sein Charakter aber wird — bei aller Schwere der Aufgaben, die es bringen mag — eher evolutionärer Natur sein, und akute Gefahren werden ihm kaum innewohnen. Umso mehr freilich gilt es, uns zusammenzuhalten für das erste Stadium, vor dessen drohenden Gefahren wir alle Kräfte heute schon sammeln möchten — wie bald kann es Wirklichkeit werden! —, denn die Revolution um uns wird seine Prägung sein.

Zu der Zeit, da um Stalingrad die Schlacht brannte, genauer damals, ungefähr im Oktober 1942, da man wußte: das russische Bollwerk hält, und der bewegte Beobachter, nur in Umrissen zwar, aber in scharfen Umrissen, jene Entwicklung kommen sah, die wir heute mit der Invasion, mit dem Zusammenbruch der Achse, plastisch erleben — zu der Zeit also, da dieser Krieg in Wahrheit bereits entschieden wurde, kam ausländischer Besuch nach unse-

rem Lande, wie denn übrigens zu Kriegszeiten die wenigen neutralen Länder recht gerne besucht werden, zumal wenn sie sich in so zentraler und interessanter Position befinden, wie die Schweiz. Der Besuch kam wohl weit über den Ozean und er wollte etwas wissen, stellte vielleicht eine sehr präzise Frage: ob die Schweiz wohl in der Lage wäre, während sechs Monaten, rings umgeben von Aufstand, Bürgerkriegen und Revolution, wie von einem geschlossenen Kreis rotglühender Fackeln des Umsturzes und der Erhebung — und damit abgeschnitten von allen Verbindungen —, auszuhalten und gerade zu stehen. Die Antwort, die der Neugierige bekommen hat auf diese vielleicht hypothetische Frage, kennen wir nicht — auch gibt es im übrigen sehr ernst zu nehmende Leute, und sehr gute Kenner — um nur ein Beispiel zu nennen — Deutschlands, welche die kommende Entwicklung z. B. dieses Landes trotz allem eher in durchaus evolutionärem Sinne sehen, im Sinne eines entgegen vielen Vermutungen ruhigen Überganges zu einer Volksgemeinschaft ohne totalitäre Spitze, nach einer Periode des militärisch geleiteten Interregnums, wie denn auch aus Berichten, die uns erst jüngst wieder zukamen, hervorgeht, daß in weiten deutschen Kreisen, wohl als Reaktion auf eine übersteigerte totalitäre Entwicklung, der Gedanke des Liberalismus seine Grundlage ausgedehnt hat und wieder recht lebendig zu werden beginnt und zukunftsträchtig. Uns erscheint freilich solche Prognose reichlich optimistisch. Wie nun aber auch die Antwort auf jene neugierigen Fragen ausgefallen sein mag im einzelnen — wir zweifeln nicht daran, daß es eine stolze, eine selbstbewusste Antwort gewesen ist.

Wer nun beispielsweise Gelegenheit hatte, den letzten Beratungen der Bundesversammlung während der vergangenen Junisession beizuwohnen, mochte mit recht guter Zuversicht solcher Dinge gedenken. Denn diese Beratungen waren im Grunde nichts anderes als eine sehr erfreuliche Bestätigung dieser Antwort. In raschem, sauberem Fluß, der durch die Präsidenten wohl geleitet war, zogen die Geschäfte der Session vorüber. In Disziplin und eifriger Haltung, vor allem aber eben in einer Haltung ernster, ruhiger, selbstbewußter Entscheidung zog das Parlament die ihm vorgelegten Gesetze in Beratung und Verabschiedung, durchging es den Geschäftsbericht, der stets interessante Debatten hervorzurufen pflegt, diesmal auch zu einigen neugierigen Anfragen Gelegenheit gab. Freilich läßt sich das mit solchen Anfragen bedachte Departement unschwer lokalisieren; mußte es doch in diesem Falle fast zwangsläufig das Politische sein, über dessen Zuständigkeitsbereich zwar im Geschäftsbericht nur wenig, und auch dies in allgemeinen Wendungen, enthalten war, indes gerade hier das Interesse besonders reger sein wollte. In stets gewandter und gefälliger Rede stellte sich der Chef des Departementes seinen Anfragern, und es war wohl der Zweck seiner Darlegungen, dem Räte ein aktives Bild unserer Neutralitätspolitik zu vermitteln — gegen die Unterstellung einer

Politik der „Neutralité passive“, wie sie aus verschiedenen Anfragen unschwer erkennbar hervorging, wehrte er sich mit Behemenz. Wie stets, fand er übrigens in dieser Haltung plastische Unterstützung der welschen Presse, während gewisse Angriffe oder gar personelle Änderungswünsche, wie sie diesseits der Saane kurz vorher noch festzustellen waren, plötzlich — fast auf Kommando? — verstummten. Es ist nun ruhiger geworden um diesen Bereich.

Und nun erscheint es denn doch durchaus erfreulich, wie sehr sich unsere Demokratie im Bereiche des eidgenössischen Parlamentarismus während des Krieges nicht nur gehalten, nein: verbessert hat — nur offenkundige Mißgunst gegenüber den demokratischen Freiheiten überhaupt oder oberflächliches Geschwätz möchte dies bestreiten —; doppelt erfreulich auch, wie der Krieg unter dem Druck seiner Nöte und Belastungen die Leute der verschiedenen Parteien dazu gebracht hat, miteinander zu reden, und zwar in einem Ausmaß, wie sie es vordem kaum jemals getan. Man kann sagen, daß auf diese Weise ohne Aufhebens noch Überstürzung der Boden bereitet wird für jene Verständigung, die wir nicht allein brauchen wegen der sechs Monate, sondern auch später nicht nur brauchen, vielmehr aus freiem Willen für recht lange Zeit zu behalten gedenken. Doppelt erfreulich auch, weil es ja eben nicht immer so gewesen war; man weiß, daß das Regime des Herrn Nietlisbach damals vieles zum Besseren wendete. Doch war es immerhin nie so gewesen, wie eine ungeschickte, reichlich vorlaute und in ihrer Kritik letzten Endes auch ziemlich anmaßende Propaganda behauptet hatte, der jene bekannte Broschüre entstieg war; und es wirkte wie ein bestätigender Zufall, daß gerade um die Zeit, da das Parlament so treffliche Arbeit leistete, der unglückliche Urheber jener Broschüre mit seinen verschiedenen Klagen vorerst sehr deutlich abgewiesen wurde — so deutlich und klar, daß allein übrig blieben jene anderen Klagen: seine wehen Klagen nämlich über das — ach! — so glatte, — au! so gefährliche Parkett der Politik — ein wenn nicht versöhnendes so doch zumindest erheiternendes Bild!

Ernst und Disziplin des Parlamentes zeigten sich auch bei der Erledigung jener Affäre des Herrn Sonderegger. Hoch wirbelte zwar der Staub während geraumer Zeit über diese Eskapaden auf den Haupt- und Nebenstraßen unserer Presse, aber in den Hallen des Parlamentes sprach man schon wenige Tage später kaum mehr darüber — wohl bewußt zum einen, daß die Stunde gerade jetzt noch keineswegs gekommen ist, zur Abrechnung über Dinge des Jahres 1940 zu schreiten — die Stunde kommt, und sie wird vieles bringen aus diesem Jahre, aber auch von früher und von später! —; zum andern aus der Feststellung, daß wir alle vor den ernstesten Entwicklungen und Entscheidungen, die kommen und die fallen müssen, kaum die Zeit noch die Muße haben, uns länger bei sogenannten Drigi-

nen oder sonstwie absonderlichen Figuren aufzuhalten, die der Strom unseres politischen Lebens an der Brandung seiner Ufer gelegentlich absetzen mag. Der Strom hat sie eben abgesetzt und ausgeladen, und im übrigen fließt er weiter. Das sollte und dürfte wohl auch gelten für jenen anderen Fall, der ebenso in jenes politische Grenzgebiet verweist, wo sich Ernst und Satire zu überschneiden beginnen und der Bereich des Komischen anfängt, und der damals manche, wie wir glauben über Gebühr, beschäftigt hat: wir meinen den Fall des Herrn E. Paul Graber, ehemaligen Zentralsekretärs der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, der es für zeitgemäß hielt, die alte abgespielte Platte des plattesten Internationalismus längst vergangener Tage wieder einmal abzulassen. Er hat es richtig gefunden, zu schreiben, ihm stehe die Sache der Freiheit in der Welt über der Sache der Unabhängigkeit des eigenen Landes, und wenn morgen der Anschluß der Schweiz an ein anderes Land den Triumph der Freiheit zu begünstigen vermöchte, so wäre er für diesen Anschluß, und man hat ihm dafür seine Zeitung für acht Tage verboten. Wir glauben kaum, daß ein besonderer Anlaß besteht, die Schrullen des alten Mannes nun gerade besonders wichtig zu nehmen und sind gewiß, daß er in seiner eigenen Partei, wie die Dinge heute liegen, kaum mehr umfassende Begeisterung für diesen Ladenaüter zu wecken vermag — bei gewissen Leuten freilich nur deswegen, weil solche Wiederbelebungsversuche heute taktisch zumindest ungeeignet erscheinen. Allein es besteht für uns kaum ein Zweifel, daß die überwiegende Mehrheit auch der sozialdemokratischen Arbeiter heute solchen seltsamen Parolen nicht mehr zu folgen gewillt ist. Schließlich gibt es eben in den verschiedenen Lagern immer mal Sonderlinge oder Leute, die vermeinen, sich auf besondere Art wichtig machen zu müssen, und in den wirren Kriegszeiten brennen halt oftmals dem einen oder andern die Nerven durch. Wer aber die ernste Arbeit des Parlamentes in allen seinen Schichten verfolgt hat, wird wissen, daß sicher nirgends — ja wohl: nirgends — Geneigtheit besteht, den unvermeidlichen Ballast einiger Sonderlinge besonders wichtig zu nehmen oder ihn gar Entscheidendes bedeuten zu lassen. Werden einmal die Dinge der Jahre 1940 und früher und später aufgedeckt, so wird man übrigens feststellen, daß es solche Leute in allen Lagern gegeben hat.

Im Grunde ist es das Zeichen des Burgfriedens, unter dem wir solches schreiben: und wenn wir in den eben behandelten Dingen eher optimistisch und der Meinung sind, das Bürgertum solle der Arbeiterschaft ruhig etwas vertrauen, so tun wir das aus der Überzeugung, daß der Burgfriede auch über die Kriegszeit hinaus, wohl in eine weite Nachkriegszeit, bestimmt aber über die berühmten sechs Monate wird erhalten, ja verstärkt werden können, wenn wir nur alle das unsere dazu beitragen. Daß dieses Streben zwar nicht überall, aber weitherum und auf allen Seiten vor-

handen ist, das eben hat sich bei den Beratungen des Parlamentes, in den Ratsfälen selbst und bei Gesprächen außerhalb, wohl erwiesen. Eine der ersten Voraussetzungen freilich für ein Bestehen in der sehr gefährlichen Übergangszeit nach den direkten Kriegshandlungen und in den schweren Jahren des Neuaufbaus nach dem Kriege ist eine klare Abkehr von jeder Politik der Illusionen. Gewiß kann die Sicherung der Volksgemeinschaft, die Erhaltung des inneren Friedens nicht erreicht werden und sie soll auch gar nicht erreicht werden ohne ein offenes Herz und eine offene Hand, und die Regelung unserer sozialen Probleme muß mit Mut, Initiative und Großzügigkeit angepackt werden. Allein das große Ziel, die Sicherung der sozialen Volksgemeinschaft, läßt sich niemals erringen im leichten Fluge der Illusion, der über alle Realität, über jede gegebene Voraussetzung ebenso kühn wie unbekümmert einfach hinaus-schwebt. Gewiß soll eine andere Schweiz entstehen aus der Notzeit dieses Krieges — die falschen Wege der „Neuen Schweiz“ aber führen uns niemals zum Ziele.

Nur ausgesprochen schlechter Wille oder eine weite Unkenntnis der wirklichen Verhältnisse, wie sie aus mangelnder Beobachtung zu fließen pflegt, wird bestreiten wollen, daß auf dem Wege zur Erreichung jenes großen Zieles der sozialen Volksgemeinschaft seit dem 1. September 1939 bereits eine ganz ansehnliche Strecke zurückgelegt worden ist. Oft Festgestelltes soll nicht wiederholt werden: wir verweisen nur auf das Stichwortgerüst, wie es sich zusammensetzt aus faktischer Vollbeschäftigung, faktischer Sicherung des Arbeitsfriedens, der Ausschaltung von Streik und Aussperrung, Lohnausgleich, relativer Preisstabilisierung und teilweiser Lohnanpassung. Was nun gerade das Problem der Preisstabilisierung betrifft, so ist es bekanntlich reichlich umstritten in seinen Ergebnissen — das Meistumstrittene jedenfalls nach der Lohnanpassung mit ihren Lücken —; allein die „Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung“ hat erst vor kurzem hervorgehoben, wie eminent auch in diesem Sektor der Unterschied zu den Verhältnissen während des letzten Weltkrieges sich aus-zuprägen beginnt. Aus ihren Feststellungen ergibt sich nämlich, daß heute die Teuerung nicht nur relativ, sondern absolut geringer ist als zur analogen Zeit des ersten Weltkrieges, d. h. also, daß die indexmäßig normierte Warengruppe im Juli 1943 in effektiven Franken we-niger kostet, als sie im Juli 1918 gekostet hat. Wir erleben also das Bild, daß die Kaufkraft des Frankens vom Juli 1943 im Be-griffe steht, die Kaufkraft des Frankens vom Juli 1918 zu übertreffen, und dies obwohl die Lebenskosten zu Beginn des zweiten Weltkrieges, be-zeichnet man sie für 1914 mit 100, auf 137 standen, die Indexkurve also im zweiten Weltkrieg von einem höher gelegenen Punkt aus startete. Mit Recht bezeichnet denn auch das zitierte Gewerkschaftsblatt diese Tatsache als einen „großen Erfolg der Kriegswirtschaft“. Daß übrigens das

soziale Moment in der Kriegswirtschaft auch sonst weitgehend zur Ausprägung kommt, hat sich beispielsweise erst wieder erwiesen durch die Schaffung der zwei verschiedenen Lebensmittelfarten.

Es wird also jedenfalls von der Feststellung auszugehen sein, daß wir diesmal aus einer ganz anderen Grundlage heraus in die Nachkriegszeit eingehen werden als vor 25 Jahren. Indem wir diese Tatsache mit Dankbarkeit zur Kenntnis nehmen, ist es nun aber auch unsere Aufgabe, von dieser Grundlage aus den richtigen Weg zu finden, der zur Lösung der schwierigen Probleme führen soll, die kommen werden. In seiner großen Rede vor dem Nationalrat vom 23. Juni 1943 hat Bundesrat Stampfli den Weg aufgezeigt, der beschritten werden muß, aber er hat gleichzeitig nicht unterlassen, auch jene anderen Wege deutlich zu bezeichnen, die nicht beschritten werden können, wenn wir nicht die Grundlagen jeder Sozialpolitik schließlich selbst gefährden wollen. Das erste ist jedenfalls, daß wir es ablehnen müssen, vom Ausland aus seinen meist durchaus anders gelagerten Verhältnissen dargebotene Pläne einfach und ohne weiteres zu übernehmen. Wir müssen also unseren eigenen Weg suchen, und mit Recht hat Bundesrat Stampfli geltend gemacht, daß dieser Weg mit Rücksicht auf unsere Überlieferungen, auf unsere innere Organisation, vor allem aber mit Rücksicht auf die Bedeutung unseres Exportes und der Freizügigkeit unserer Wirtschaft überhaupt als Grundlagen unserer wirtschaftlichen Lebensfähigkeit niemals der Weg der Staatswirtschaft sein kann, also nicht der Weg einer sozialistischen Planwirtschaft, nicht der Weg der „Neuen Schweiz“. Und da muß nun sogleich eine Tatsache festgehalten werden, deren kapitale Bedeutung in die Augen springt — die Tatsache nämlich, daß heute auch die Gewerkschaften, und zwar in sehr bedeutenden Bereichen ihrer Gruppierung, weitgehender staatlicher Einflußnahme auf die Wirtschaft durchaus skeptisch gegenüberstehen: sie haben sich denn auch, in diesen zahlen- und gewichtsmäßig sehr bedeutenden Bereichen jedenfalls, an der „Neuen Schweiz“ so wenig beteiligt, wie sie das sozialdemokratische Programm für die staatliche Altersversicherung zu unterstützen geneigt sind, das sie ebenso ablehnen wie die sozialdemokratische Initiative für „Recht auf Arbeit“ (fühlt sich der „Liberalist“ Gottlieb Duttweiler wohl nicht allmählich im Innern leicht beschämt?). Was im besondern das Problem der Altersversicherung betrifft, so befürworten jene Kreise also keineswegs den postulierten staatlichen Zentralapparat, sondern sie sehen die Verwirklichung des Gedankens weit eher in einer paritätischen Institution, die im Verein mit den Unternehmern direkt geschaffen werden sollte. Es bedarf keiner langen Worte, darzulegen, wie groß die Entwürfnisse sind, die von ehedem zurückgelegt werden mußten bis dieser Punkt erreicht war; das Bürgertum jedenfalls hat, so will uns scheinen, allen Anlaß, solche Ansätze zu beachten

und sie mit jenem großen Ernst zu würdigen, den sie verdienen. Sie mögen zu verschiedener Besinnung Anlaß geben. Allein auch in weiten anderen Bereichen verstärkt sich zunehmend die Erkenntnis, daß der Weg der Staatswirtschaft nicht der schweizerische Weg sein kann. Ein Gutes hat jedenfalls die gegenwärtig notgedrungene Übersteigerung des Staatsapparates mit seinen ständigen Einmischungen: dem Volke sind, in weiten Kreisen, die Augen ziemlich weit aufgegangen, und es erkennt die schweren Mängel und ständigen Belastungen eines solchen Betriebes. Dies zeigt sich unter anderem gerade in diesen Wochen in Bezug auf die Frage der Bewilligungspflicht, wo sich überall herum eine scharfe und lebendige Opposition bemerkbar macht. Man beginnt eben allmählich genug zu haben von den kriegsbedingten Staatseingriffen, und man möchte es jedenfalls nicht mehr sehen, daß einzelne Gruppen ihre Postulate auf dem Vollmachtweg zu verwirklichen suchen, um sie so, wenigstens stillschweigend, heil in die Nachkriegszeit zu plazieren, weil man der Stimme des Volkes nicht sicher, oder seiner Mißstimmung eben zu sicher ist. Dieses Volkes nämlich hat sich allmählich eine unverkennbare „Staatsmüdigkeit“ bemächtigt, und man würde allerseits gut daran tun, nicht zu übersehen, daß einmal der Tag kommt, wo alle diese Dinge vor dem freien Willen des Volkes bestehen müssen, wie er der Urne zu entsteigen pflegt. Da könnten denn freilich manche Leute ihre Überraschungen erleben.

So läßt sich denn unbestreitbar feststellen, daß der Gedanke, unsere Wirtschaft auch für die Nachkriegszeit wesentlich in ihrer Selbstständigkeit zu belassen, nach aller Möglichkeit also von Staatseingriffen zu verschonen, bereits weite Kreise ergriffen und vornehmlich bis weit in die Gewerkschaften hinein den Anker geworfen hat. Auch dort setzt sich der Gedanke immer stärker durch, daß die Bedingung aller Sozialpolitik in unserem Lande in der einen Tatsache festgelegt ist: wir müssen erst einmal exportieren, um leben zu können. Damit aber zeichnet sich zweifellos ein neuer Weg ab in der großen und mannigfachen Gruppierung unserer Arbeiterschaft — ein Weg, der zwangsläufig mitten in die Bereiche der reinen Politik führen muß. Denn es ist damit eine Bewegung in Gang gekommen, durch welche die Probleme des parteimäßigen Sozialismus tatsächlich von ihrem letzten Grunde aus aufgerollt werden, der Sozialismus selbst also aus dem eigenen, einst wohl bedeutendsten Bereiche seines Einflusses zum Gegenstande der Diskussion gemacht werden will. Der Kampf, der damit eingeleitet wurde, wird im Bereiche der Partei selbst zum Austrag kommen. Schon sehen wir die Dinge in voller Bewegung. Zwei Strömungen sind es, die innerhalb der Partei im Kampfe stehen — eine dritte scheint zwischen ihnen zu liegen. In interessanter Weise hat zu diesem Thema die kürzlich erschienene jüngste Schrift im Rahmen der

„Zeitfragen der schweizerischen Wirtschaftspolitik“, aus der Feder von Dr. E. Seiler *) Aufschluß gegeben. Die Linksgruppe, im Wesentlichen unter Führung des Parteipräsidenten selbst, Nationalrat Dr. Hans Dprecht, erstrebt eine Reintegration des Klassenkampfes in dogmatischer Linientreue, tendiert nach der Aufhebung des Burgfriedens, will also — kurz gesagt — das Kernproblem der schweizerischen Innenpolitik auf den Stand von 1935 zurückwerfen. Diese Richtung wird zurzeit gestärkt durch die Annäherung der radikalen Linksgruppen der Kommunisten und Nicolisten an die Partei, wie sie beispielsweise in dem Aufnahmegesuch des Kommunistenführers Humbert-Droz zum Ausdruck kommt. Von dieser Gruppe wird im Wesentlichen auch das Programm der „Neuen Schweiz“ getragen. Mit ihr gelang es Herrn Dprecht am 30. Mai in Lugano, sich den „Verband des Personals öffentlicher Dienste“ im Wesentlichen anzuschließen, wobei freilich zu erwägen ist, daß man es von jeher gewohnt war, den V. P. D. D. im Kreise der gewerkschaftlichen Gruppierungen als den linken Flügel in Erscheinung treten zu sehen. Erwägt man die letzten Ziele dieser Bewegung, so erkennt man unschwer die alte Parole, die dogmatische Linie Marx'-Engels'scher Prägung; solche Feststellung bedarf gar keiner weiteren Umschreibung — hier genügt es, wiederzugeben, was kürzlich so plastisch und eindeutig im „Volksrecht“ zu lesen war:

„Von den primitiven Agrarstaaten über die Reiche der Seefahrernationen und die höheren Feudalstaaten bis hin zu den kapitalistischen und faschistischen Staaten der Gegenwart ist der Staat seinem Wesen nach immer Klassenherrschaft gewesen, auch in den Formen der Demokratie, der scheinbaren Volksherrschaft.“

Ist es notwendig, angesichts solcher Bestrebungen die Frage auch nur aufzuwerfen, was geschähe mit dem Lande und seiner Zukunft, wenn es ihren Trägern gelänge, sie zum Ziele zu führen? Wir glauben kaum.

Allein die Verfechter des Klassenkampfes mögen im Grunde wohl wissen, daß ihnen diesmal der Boden von 1918 nicht bereitet ist. Vergeblich mögen sie suchen nach dem Grunde, der ihre verhängnisvolle Saat Wurzeln schlagen ließe. Oft noch zögernd, doch in Beharrlichkeit und Zuversicht beginnt die neue Saat unserer anderen Zeit ihnen den Boden streitig zu machen. So regt sich denn innerhalb der Arbeiterschaft deutlicher und deutlicher der Wille, die in der Not geborene Gemeinschaft des Volkes nicht wieder preiszugeben, um der Zukunft des Landes willen, aber auch im eigenen Interesse der Arbeiterschaft selbst. Dies zu belegen, genüge auch hier ein Zitat. Zu den Bestrebungen der Linken: „Fort mit der Burgfriedenspolitik! Zu-

*) „Die sozialistische Bewegung der Schweiz im Frühling 1943. Beitrag zu einer Standort- und Gewichtsbestimmung“, herausgegeben von der Aktionsgemeinschaft Nationaler Wiederaufbau, Zürich.

rück zu den Kampfmethoden früherer Zeiten!" schrieb unlängst die „Metallarbeiter-Zeitung" dieses:

„Demgegenüber wagen wir vorauszusagen, daß all' die sozialen und wirtschaftlichen Positionen, die die schweizerische Arbeiterschaft in jahrzehntelanger gewerkschaftlicher und politischer Kleinarbeit errungen hat, gefährdet wären, wenn die Arbeiterorganisationen sich von neuem in eine grundsätzliche Gegnerschaft gegenüber dem Staatswesen und der Volksgemeinschaft, die diese Errungenschaften gewährleistet und schützt, hineinmanövrieren ließen.“

Was aber ist nun die Aufgabe des Bürgertums vor dieser Lage? Es wird nicht zusehen wollen mit verschränkten Armen. Es darf nicht zusehen, wo zum letzten das Schicksal des Landes auf dem Spiele steht. Es soll sich aber auch nicht einmischen wollen in die Richtungskämpfe innerhalb der Arbeiterschaft, um sich irgendwelche taktischen Vorteile zu ergattern.

In erster Linie freilich sollte es Sorge tragen, daß vorerst Klarheit herrsche in seinen eigenen Reihen und nicht Verschwommenheit. Deshalb aber liegen taktische Initiativen, die letztlich nur eigene innere Unsicherheit verraten, wie das „Recht auf Arbeit" aus der Werkstatt des Landesrings, niemals an dem Wege, der in die Zukunft führt. Und nicht mit hochtönenden Programmen kann uns geholfen werden und mit ihrem Kult — nur nüchterne, praktische gemeinsame Kleinarbeit führt zum Ziele. Nicht viele programmatische Initiativen können uns helfen — nur eine große Initiative wollen wir in das Volk tragen.

Welches aber ist die große Initiative, die stolze Aufgabe?

Im Angesicht der kommenden Erhebungen und des Umsturzes, vor dem geschlossenem Kreis der glühendroten Tafeln, der uns vielleicht schon umschließen wird in viel kürzerer Frist als viele heute noch glauben mögen, vor den sechs Monaten und dem Unbestimmten, das nachher kommt, wäre die Radikalisierung unserer Arbeiterschaft eine tödliche Gefahr für das ganze Land. Sie erkennen, heißt, sie mutig und entschlossen zu bannen, sie bekämpfen heißt aber auch, jenes brüderliche Verständnis zu beweisen, das über die Klassen hinaus die Hände reicht und so die Klassen selbst zu überwinden vermag.

Und wäre uns dies alles nicht selbstverständliche Pflicht aus den einfachen, aber unausweichlich zwingenden Gründen, daß wir die Existenz dieses Landes erhalten müssen, so möchte sich unschwer ein weiterer Gesichtspunkt ergeben, der aus der furchtbaren Tragik dieser Jahre fließt. Die Völker, die unsere Freunde sind, sehen wir im täglichen Opfer ihres Blutes. Wenn ihre Leiden zu nichts sonst zwingen, — sie zwingen wenigstens zu einer Überlegung. Ist dieser Krieg eines Tages zu Ende, so sehen wir Völker um uns, die nicht allein geläutert, sondern wohl völlig anders geworden sind.

Wir selbst werden dann nicht auf besondere Leistungen verweisen können, jedenfalls nicht auf solche, die sich messen können mit den unsäglichen Opfern, mit den unsäglichen Schmerzen der Andern. Etwas aber können wir:

In der Stille eine andere Schweiz schaffen. Als blitzsaubere Demokratie soll sie einst dastehen, soll sie stolz sich zeigen können vor den Augen der Andern, wenn einmal die Tore geschlossen sind vor der Hölle des Krieges. Ein Land der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit.

Gewiß: es ist eine schwere Aufgabe; wohl werden viele Widerstände, Rückschläge ihren Weg zeichnen, den Weg, den es mit ruhiger, gelassener Entschlossenheit zu gehen gilt, bis das Ziel erreicht ist.

Stolz aber ist diese Aufgabe. Sie heißt:

Die Überwindung des Klassenkampfes.

Der Arbeitsfriede in der Industrie.

Seine Idee, seine Voraussetzung und seine Bedeutung.

Von Nationalrat **Konrad Ilg.**

I.

Wollen wir die Bemühungen um die Herstellung des Arbeitsfriedens in Industrie und Gewerbe verstehen und würdigen, so müssen wir vorerst einen Blick in die Vergangenheit tun, um die Wandlungen und Entwicklungen kennen zu lernen, welche die Beziehungen zwischen den Arbeitern und Arbeitgebern seit den Anfängen der Gewerkschaftsbewegung erfahren haben. Die Bestrebungen der Gewerkschaften, die Arbeitsverhältnisse ihrer Mitglieder durch vertragliche Abmachungen mit den Arbeitgebern zu regeln, dienen dem Ziele, auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen einen Einfluß zu erlangen und die grundsätzliche Anerkennung der Arbeiterorganisationen als Verhandlungs- und Vertragspartner zu erreichen.

Aber diese Absicht stieß während Jahrzehnten auf Widerstand. In sehr vielen Fällen erwies es sich als unmöglich, die Probleme des Arbeitsverhältnisses in gemeinsamer Beratung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter zu ordnen. Manche Betriebsinhaber betrachteten die Tätigkeit der Gewerkschaften als unzulässige Einmischung in interne Betriebsangelegenheiten; andere wiederum erblickten darin ein Ergebnis sozialistischer und umstürzlerischer Propaganda. Der Vorwurf politisch-revolutionärer Zielsetzungen war eines der Hauptargumente, auf die sich die Ablehnung der Gewerkschaften damals in der Schweiz und